

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 26

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundeshuus- WÖSCH

Lisette Chlämmerli

Ursula Hafner: Auch Verstorbene dürfen feiern

Es war ein grosses Fest. Sie kamen buchstäblich aus allen Himmelsrichtungen herbeigeströmt, um die Schaffhauserin **Ursula Hafner** in die zweite Hälfte ihres ersten Jahrhunderts hinüberzuhieven. In der 130köpfigen Gästeschar befanden sich laut Pressemeldungen die Genferin Christiane Brunner, die Fraktionschefin Ursula Mauch, Thomas Onken, Ursula Hürzeler vom Radio DRS und Moritz Leuenberger. Und einer trat sogar vom Himmel herab hinzu: Reynold Tschäppät, alt Stadtpräsident aus der Bundesstadt Bern wollte ebenfalls noch einmal dabeisein (laut Pressemeldung). Wirklich schön, dass auch Verstorbene nochmals eingeladen wurden, um das Gelage und die Dixie-Musik geniessen zu dürfen. Es wird auch Tschäppäts Sohn Alexander Tschäppät gefreut haben, der als SP-Nationalrat ebenfalls mit von der Partie war.

Entfilzifizierung der Politik

Quizfrage von Lisette: Unter welches Anliegen haben in der Sommersession folgende

sehr unterschiedliche Geister (Geisterinnen?) ihre Unterschrift gesetzt: Herbert Maeder und François Loeb; Laurent Rebeaud (GPS) und Ueli Giezendanner (APS); Susette Sandoz (Lib) und Hanspeter Thür (GPS); Ernst Sieber (EVP) und Luzi Stamm (Strammfreisinn); Flavio Maspoli (Lega) und Jean Ziegler von der Telefondemokratischen Fraktion der SP; Verena Diener (GPS) und Walter Steinemann (APS)? Es war der Vorstoss von Christian Miesch (FDP/BL) zur Entfernung von Bundesparlamentariern aus dem Verwaltungsrat von SBB und PTT – als Massnahme zur Entfilzifizierung der Politik. Den Zuger Ständeherrn Markus Kündig dürfte im PTT-Verwaltungsrat dieser Vorstoss allerdings kaum stören. Er ist ohnehin selten an jenen Sitzungen anzutreffen. Silvio Bircher übrigens auch nicht. Der gewählte Aargauer SP-Nationalrat ist zwar SBB-Verwaltungsrat, aber als neuer Aargauer Regierungsrat nicht mehr Mitglied des Bundesparlaments. Von den beiden Herren Nebiker (SVP/BL) und Steinegger (FDP/UR) liegt allerdings noch keine Stellungnahme vor ...

Angst vor der offensiven EMD-Informationspolitik

Die Gewerkschaften sind sehr besorgt. In einer im Pressedienst geäusserten Kritik über die offensive Informationspolitik des EMD

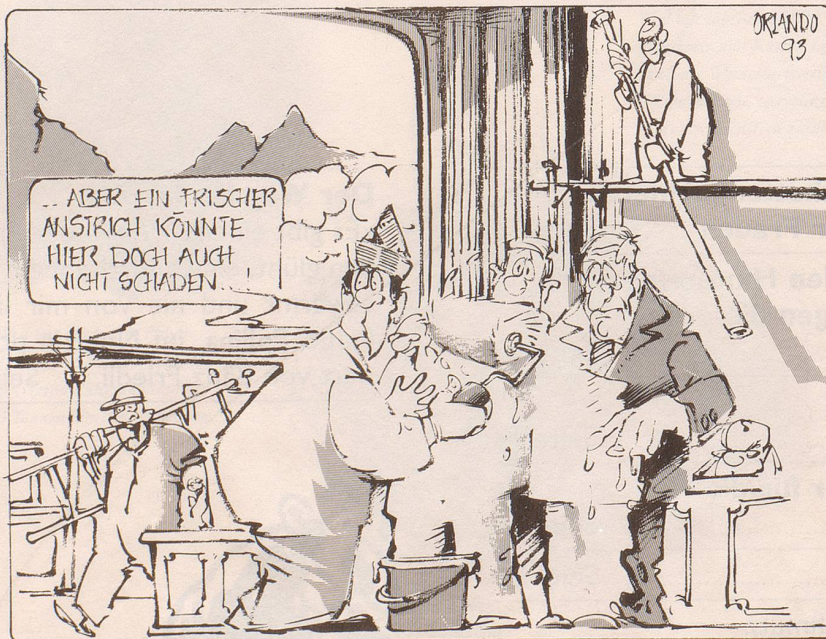
im Zusammenhang mit den Armee-Begehren wird festgehalten: «Was würden wohl die Sieger vom 6. Juni sagen, wenn beispielsweise Informationsleute aus dem EDI bei den Medien lobbyierten, wenn Adressen der AHV-Empfänger für Propaganda der Verwaltung verwendet würden, wenn der Informationsdienst des Buwal ständig beim Fernsehen intervenierte, falls dort der TCS zu Wort gekommen ist.» Und so weiter. Die Gewerkschaft kann beruhigt werden. Ein EDI-Lobbying findet nicht statt. Dafür hätte die Chefin, Frau Bundesrätin **Ruth Dreifuss**, auch gar keine Zeit. Sie hat alle Hände voll zu tun, abzuklären, wo und wann gerade wieder einmal Buwal-Chef Philippe Roch Details aus den Entscheidungsunterlagen der Departementsspitze ausgeplaudert hat.



byierten, wenn Adressen der AHV-Empfänger für Propaganda der Verwaltung verwendet würden, wenn der Informationsdienst des Buwal ständig beim Fernsehen intervenierte, falls dort der TCS zu Wort gekommen ist.» Und so weiter. Die Gewerkschaft kann beruhigt werden. Ein EDI-Lobbying findet nicht statt. Dafür hätte die Chefin, Frau Bundesrätin **Ruth Dreifuss**, auch gar keine Zeit. Sie hat alle Hände voll zu tun, abzuklären, wo und wann gerade wieder einmal Buwal-Chef Philippe Roch Details aus den Entscheidungsunterlagen der Departementsspitze ausgeplaudert hat.

Ein «Nobody» ist kein «Nobody»

Der Zürcher SD-Nationalrat **Leonhard Bischof** ist immer noch kein Niemand. Erneut hat Bundesrat Delamuraz ihn empfangen und in einem Brief an NR-Präsident Paul Schmidhalter daraufhin seine Kernaussage des Gesprächs brieflich mitgeteilt. «In Tat und Wahrheit hatte ich Herrn Bischof während der Debatte auf seinem Sitz ganz einfach nicht gesehen, was mich zum Ausdruck Mr. Nobody verleitete. Das war meinerseits auf jeden Fall unkorrekt.» Er habe Herrn Bischof sein grosses Bedauern ausgedrückt, unterstrich der Volkswirtschaftsminister erneut, und hoffe wohl sehr, dass dieser Monate zurückliegende Vorfall nun



Restaurations- und Renovationsarbeiten im Nationalratssaal

Deregulierung beginnt

Endlich hat der Bundesrat die Zeichen der Zeit erkannt. Den ewigen Klagen der vereinigten bürgerlichen Rechten überdrüssig, hat der Bundesrat – vermutlich nach äusserst hartnäckiger Intervention ihres Volkswirtschaftsministers **Jean-Pascal Delamuraz** – den Zweihänder ergriffen und gnadenlos unternehmerische Initiative hemmenden Wildwuchs im Paragraphenwald kurz und klein geschlagen: Die Pflicht der Bäcker zur Haltung von Brotmehlvorrat wurde definitiv abgeschafft.

endlich ein Ende haben werde. Er dürfte sich täuschen. Weil nämlich Bischof so gern aus berufenem Munde die Bestätigung erfährt, wirklich und wahrhaftig ganz sicher überhaupt kein Mr. Nobody zu sein, wird dieses Affärchen gewiss noch fortgesetzt. Bischof wird sich mit der mehrmaligen Wiederholung der Delamuraz-Feststellung gewiss noch nicht zufriedengeben. Und wenn das dann so weitergeht, glaubt am Schluss auch noch Lisette, dass Bischof wirklich und wahrhaftig kein Mr. Nobody ist.

Neue Kräfte spürbar – Vulkanausbruch steht bevor

Der Katzenjammer in der Polit-Etage unserer Aussenpolitik hat nun doch begonnen, allmählich zu verebben. Integrationspolitiker Bruno Spinner vom EDA und vom EVD spannt kürzlich in einer aussenpolitischen Propagandaschrift folgende Fäden zum Thema EG und 6. Dezember: «Niemand kann heute mit Gewissheit sagen, wie und wann die Schweiz ihre integrationspolitischen Ziele, Verhinderungen von politischer Isolation und wirtschaftlicher Schlechterstellung in Westeuropa erreichen kann. Der bilaterale Weg ist noch nicht geöffnet; ein späterer Beitritt zum EWR-Abkommen ist mit einigen Unbekannten behaftet, und für einen Beitritt zur EG müssen sich vorerst nationale Kräfte mobilisieren, von denen zurzeit noch kaum etwas zu spüren ist.» Diese Kräfte hat Spinner mit seinen mutigen, weitsichtigen, ja geradezu visionär anmutenden Worten so vehement mobilisiert, dass sie nun gewiss – einem Vulkan gleich – augenblicklich ausbrechen werden.

«Wir sind keine Schattengewächse!»

Sie fühlten sich verschaukelt und wandten sich ans Publikum: «Im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Schattenkabinetts wurden unzutreffenderweise immer wieder die Namen der FDP-Nationalrätinnen Trix Heberlein und Vreny Spoerry sowie die Berner Ständerätin Christine Beerli genannt. Dies zwingt uns, ausdrücklich festzuhalten, dass wir uns in Gesprächen mit

den Initiantinnen von einer Mitarbeit im «Schattenkabinetts» distanziert haben und daher in diesem Zusammenhang weder als «Bundesrätinnen» noch als «Beraterinnen» aufgeführt werden dürfen.» Dieser Erklärung schliesst sich hiermit auch Lisette an und legt Wert auf die Feststellung «in diesem Zusammenhang». Sollte es einen unschattigeren Zusammenhang geben, ist Lisette ebenso bereit, als Bundesrätin genannt zu werden wie die anderen drei Damen.

Verbotene Fahrten

Rudolf H. Strahm, SP-Nationalrat im Kanton Bern, ehemaliger Sekretär sowohl der «Erklärung von Bern» als auch der «Naturfreunde Schweiz», hat nun als Chef der Mieterinnen und Mieter eine neue glänzende Einsicht zum Beginn der Sommersaison

und Ferienzeit lanciert. Rechtzeitig ergriff er an einer Mieterversammlung das Wort und verkündete: «Wohnungen sind örtlich nicht verschiebbar.» Das heisst: Ab sofort sind Wohnwagen, Wohnmobils und Zeltanhänger verboten.

Der Grenzfall-Kritiker ist selbst ein Grenzfall

Jetzt hat's ihn erwischt. Der Berner Fenstersturz hat ihm nicht gutgetan: **Claude Longchamps**, Kaffeesatzleser und SP-Vorstandsmitglied, behauptet doch in einem *Cash*-Interview allen Ernstes, dass Bundesräte sich vor Initiativen-Abstimmungen nicht mehr ans Volk wenden dürften. «Denn das ohnehin schon stumpfe Instrument der Initiative würde noch stumpfer, wenn der Bundesrat alles bekämpfen dürfte, ohne eine positive Alternative formulieren zu müssen», meinte Longchamps auch mit Bezug auf F/A-18-Abstimmung, die er als «Grenzfall» bezeichnet. Vermutlich gibt es aber noch einen anderen Grenzfall: Claude Longchamps.



SPS im Brunner-«Affekt»